



Berliner Bündnis Nachhaltige Stadtentwicklung 2022

Ziele und Forderungen

*Wir sind ein berlinweites Bündnis von Bürgerinitiativen, die sich für den Erhalt von Grün- und Sozialflächen in Wohngebieten einsetzen.¹ Als Anwohner*innen - vorwiegend der landeseigenen Wohnungsbaugesellschaften - sind wir derzeit Zeugen massiver Zerstörung. In allen Bezirken werden bei Nachverdichtungsprojekten in großem Umfang wertvolle Grünflächen vernichtet sowie alter Baumbestand gerodet. Die grünen Lungen unserer Stadt verschwinden. Berlin braucht eine nachhaltige Bebauungspolitik.*

Unsere Ziele

Das Berliner Bündnis Nachhaltige Stadtentwicklung, das gegenwärtig 30 Initiativen umfasst, arbeitet solidarisch zusammen. Berlin benötigt dringend bezahlbaren Wohnraum. Diese Ansicht teilt das Bündnis. Allerdings decken sich unsere Auffassungen von Stadtentwicklung nicht mit dem Motiv „Bauen, bauen, bauen“, welches der Senat und die Bauverwaltung verfolgen. Wir wollen ein Miteinander von Landesregierung, Bezirksämtern und Menschen in den Kiezen erreichen. Wir wollen einbezogen werden. Wir fordern Bewusstsein für den Klimawandel ein, sowie Respekt vor dem Leben in der Stadt: vor der Stadtnatur, den Menschen, Tieren, und Pflanzen.

Wir setzen uns für gesunde Lebensbedingungen, lebendige Quartiere und eine nachhaltige Stadtentwicklung in Berlin ein. Wir fordern den Erhalt von Grün- und Sozialflächen, den Erhalt von Spielplätzen, einen echten Schutz der Berliner Bäume, mehr *Entsiegelung* statt *Versiegelung*, mehr Umbau statt Abriss, Schutz der Artenvielfalt. Wir fordern Wiederanpflanzung und sinnvolle Verkehrskonzepte.

Wir beobachten die aktuellen Entwicklungen aufmerksam und mit Sorge. Wir analysieren die vorgelegten Baupläne komplex und in ihrer Zielführung. Unsere Maßstäbe sind der Klimaschutz, die soziale Infrastruktur, die Gesundheit und der soziale Zusammenhalt. Alle diese Themen sind eng miteinander verzahnt.

1. Klimaschutz

Der Klimawandel gehört zu den größten gesellschaftlichen Herausforderungen der Gegenwart und darf auf keinen Fall aus dem Fokus geraten.² Es muss alles vermieden werden, was den Klimawandel weiter beschleunigt und seine bedrohlichen Auswirkungen auf globales Leben und auf das Leben in unserer Stadt verschlimmert. Seit Dezember 2019 hat Berlin als erstes Bundesland die Klimanotlage anerkannt: „Der Senat stellt damit ausdrücklich fest, dass die fortschreitende Erderhitzung eine Klimanotlage darstellt, die zusätzliche Anstrengungen zugunsten des Klimaschutzes auch auf Berliner Landesebene

¹ Teilnehmende Bürgerinitiativen: 30

² Neben der Coronapandemie und dem Ukraine-Krieg.

erforderlich macht.“³ Denn die zunehmende Versiegelung von Flächen sorgt für steigende Temperaturen in der Stadt, unterbricht Frischluftschneisen und bedroht die Gesundheit der Bevölkerung massiv. Die Grünflächen der Stadt tragen dazu bei, Starkregen und Dürren ausgleichen zu können. Durch den Entzug von Treibhausgasen aus der Atmosphäre leisten sie einen Beitrag zum Klimaschutz. Deshalb wenden wir uns konsequent gegen die Verdichtung, bzw. die Überbauung von grünen Höfen und Innenbereichen, und gegen die Inanspruchnahme wertvoller Naturräume durch überdimensionierte „Neue Stadtquartiere“, wie z. B. in Buch, Am Sandhaus, wo die Bauplanung die Fauna und Flora der Bucher Großen Moorlinie gefährdet. Die offiziellen Programme der Bundesregierung zum Klimaschutz sind zwingend auch in Berlin umzusetzen, also auch Verringerung der jährlichen Neuversiegelung oder etwa der Schutz und Wiedervernässung von Mooren,

2. Infrastruktur

Der Senat ist in der Pflicht, ein vernünftiges Gleichgewicht zwischen Wohnungsbau, sozialen Belangen sowie Umwelt- und Gesundheitsschutz zu sichern. Verdichtung und Dichte der Wohnquartiere in der Stadt haben die Schmerzgrenzen der Menschen bereits überschritten.⁴ Berlin und seine Bezirke beklagen eine Unterversorgung an grüner und sozialer Infrastruktur. Bevor massiv neuer Wohnraum gebaut wird, müssen Defizite aufgeholt werden. Das betrifft Grünflächen, Sozialflächen, Spielplätze, Schulen, Kitas und soziale Projekte, wie z.B. die „Moorwiese“. Die Versorgung mit ausreichend wohnungsnahen Spielplätzen für kleine und große Kinder (gesetzlich 2 m² pro Einwohner*in) muss gewährleistet werden. Neuversiegelungen von Grün-, oder landwirtschaftlich genutzten Flächen und Flächen an Klein- und Fließgewässern sind unter den Vorbehalt des Klimaschutzes und der Klimaanpassung zu stellen (z. B. Kaltluftentstehungsgebiete, Kaltluftschneisen). In Zeiten bioklimatischer Belastungen sind *Entsiegelungen* anzustreben!

Übergreifende Verkehrskonzepte fehlen in der Planung der neuen Stadtquartiere. Die verkehrsinfrastrukturelle Anbindung, beispielsweise des Berliner Nord-Ostens, ist mehr als mangelhaft. Schon heute kommt es zur Hauptverkehrszeit zu massiven Staus. Diese Staus gefährden die Gesundheit aller. Auch öffentliche Verkehrsmittel wie S-Bahn und Bus kommen an ihre Kapazitätsgrenzen. Der in den neu geschaffenen Ballungsgebieten stetig wachsende Individualverkehr ist eine Folge fehlerhafter Verkehrspolitik. Wir setzen uns dafür ein, dass zuerst die gravierenden Verkehrsprobleme vor allem durch den ÖPNV-Ausbau gelöst werden, bevor überhaupt weitere große Neubauprojekte geplant werden.

³ Klimanotlage in Berlin, siehe <https://www.berlin.de/sen/uvk/klimaschutz/klimaschutzpolitik-in-berlin/klimanotlage/>.

⁴ U. a. auch durch mangelnde Erreichbarkeit von Wohnräumen für Tageslicht nach DIN EN 17037, vgl. <https://www.architekturzeitung.com/architekturmagazin/91-fachartikel/3904-tageslicht-norm-din-en-17037>.

3. Gesundheit

Die geplante Verdichtung auf Grün- und Sozialflächen und die ortsunübliche Überdimensionierung der neuen Stadtquartiere entwerfen die Wohn- und Lebensverhältnisse für Tausende von Menschen und beeinträchtigen sowohl die körperliche als auch die soziale Gesundheit. Gepresste Enge in der Stadt und Mangel an Kontakt zur Natur bereiten Aggressivität und psychischen und physischen Erkrankungen den Boden. Während in den 1920er-Jahren in Berlin das Neue Bauen propagiert und realisiert wurde, das den Bewohnern Sonne, Luft und Licht garantierte, wird 100 Jahre später diese fortschrittliche Vorgehensweise den Interessen von Bau-Investoren geopfert.

4. Sozialer Zusammenhalt und Demokratie

Die Ergebnisse der heutigen Planungen werden über Jahrzehnte das Stadtbild prägen. Heute entsteht die Stadt, in der unsere Kinder und Kindeskiner leben werden. Verdichtung und Zuzug müssen geregelt werden. Die städtischen Wohnbaugesellschaften und Wohnungsbaugenossenschaften haben eine Verantwortung für ihre Bestandsmieter. Erfahrungsgemäß verschlechtern sich für eine neu gebaute Wohnung die Wohnbedingungen von drei bis sechs Bestandswohnungen.

Nicht zuletzt liegt den geplanten Baumaßnahmen zur Verdichtung ein Defizit an Demokratieverständnis zugrunde. Die Behauptung einer nicht vorhandenen Beplanung weiter Bereiche in den östlichen Bezirken Berlins ist sachlich falsch. Es existieren für alle Bereiche Planungsunterlagen. Doch im deutschen Vereinigungsprozess ist ein Beschluss über die Anerkennung der Beplanung bis 1991 nicht zustande gekommen. Anstatt diese Anerkennung parlamentarisch nachzuholen, wird formaljuristisch argumentiert, es gäbe keine Beplanung. Daraus wird der Schluss gezogen, dass §34 Baugesetzbuch für Verdichtungen anwendbar sei. Dies ist ein politischer Taschenspielertrick, der seinesgleichen sucht: 31 Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung soll es in Berlin zwei getrennte Zonen im baurechtlichen Sinne geben: den angeblich unbeplanten Ostteil, der beliebig ohne Anwohnerbeteiligung bebaut werden kann, und den beplanten Westteil, in dem in der Regel die Anwohner in die Bauplanungen einbezogen werden. Dieser Anachronismus muss durch den Senat unverzüglich beendet werden. Die Erfahrungen aller in unserem Bündnis aktiven Initiativen gleichen sich darin, dass in zahlreichen Berliner Bezirken wohlklingende Leitlinien für Bürgerbeteiligung bei Wohnungsbauvorhaben existieren, dass jedoch deren Umsetzung nur in Form von Alibiveranstaltungen erfolgt. So wird die lokale Kompetenz der Anwohner schon in der informellen Phase der Planung von neuen Stadtquartieren missachtet.

5. Unsere Forderungen – Umdenken!

- Aussetzung der geplanten Verdichtungen in Ost-Berlin nach §34 BauGB
- parlamentarische Debatte über die Prüfung auf vor 1991 vorhandene Beplanungen in Ostberlin und ihre nachholende Anerkennung mit Verzicht auf Anwendung des §34 BauGB

- wir fordern eine echte Bürgerbeteiligung – das starke Interesse an einer Mitgestaltung der Stadtentwicklung durch die Bürger*innen ist endlich positiv aufzugreifen. Gemeinsam sind nachhaltige und zukunftsfähige Lösungen zu entwickeln, die nicht nur die Interessen von Investoren, sondern auch die der Einwohner*innen Berlins berücksichtigen
- Einbeziehung von Anwohnervertretungen (Mieterbeiräte, Bürgerinitiativen) und deren Anhörung im Bündnis für Wohnungsneubau und bezahlbares Wohnen
- Verabschiedung und strikte Umsetzung der Charta Stadtgrün auch für wohnortnahe Grünflächen, Bestandsschutz für grüne Innenhöfe und Wohngrünflächen berlinweit, faktische Anerkennung des Klimanotstandes und Förderung der Klimaresilienz Berlins
- Gewährleistung des uneingeschränkten Schutzes aller Bäume ab 80 cm Durchmesser (gemessen in 1,30 m Höhe) bei Nachverdichtungen, Streichung von § 6 der Berliner Baumschutzverordnung zu Ersatzpflanzungen oder Ausgleichsabgaben
- Schaffung einer gesetzlichen Grundlage als Voraussetzung für die sofortige Belegung von leerstehenden Wohnungen und Gebäuden nach einer Ablaufrist von max. zwei Jahren ab dem Zeitpunkt ihrer Erfassung
- einklagbare Verpflichtung, dass Grundstücke mit einer Baugenehmigung nach spätestens zwei Jahren bebaut werden müssen, wird dem nicht Folge geleistet, werden die Grundstücke enteignet
- leerstehende Wohnungen und Gebäude dürfen von der öffentlichen Hand nicht subventioniert werden
- Stadtentwicklung muss vornehmlich auf bereits versiegelten Flächen stattfinden. Prinzip Umbau vor Neubau! Mit Blick auf neu zu planende Stadtquartiere und Nachverdichtungsvorhaben muss anhand vernünftiger Kriterien neu geprüft werden, ob und wo Bauen ohne negative Folgen für Stadtklima, Natur und soziale Infrastruktur in der Stadt überhaupt vertretbar ist. Die in der BUND-Studie „Wieviel Neubau braucht Berlin bis 2030“⁵ gemachten Vorschläge zum Vorgehen sollen berücksichtigt werden!

⁵ BUND-Stellungnahme, siehe <https://www.bund-berlin.de/service/meldungen/detail/news/wie-viele-wohnungen-braucht-berlin-wirklich/>.